

POSTULAT von Mandy Abou Shoak (SP, Zürich), Sabine Arnold (Grüne, Zürich) und Lisa Letnansky (AL, Zürich)

Betreffend Kantonspolizei: Vertrauen in die Polizei stärken

Der Regierungsrat wird damit beauftrag zu prüfen und Bericht zu erstatten,

1. wie auf den aktuellen Diskurs und Forschungsstand abgestützte Weiterbildungsprogramme zu Grundrechten, Antidiskriminierung, Racial-Profilung-Prävention und Deeskalation verbindlich und fortlaufend in die Aus- und Weiterbildung der Polizei integriert sind und weiter professionalisiert werden können;
2. welche Modelle einer unabhängigen Melde-, Beschwerde- und Untersuchungsstruktur möglich sind – etwa in interkantonaler Zusammenarbeit – und wie dabei ein wirksamer Whistleblowing-Schutz für Polizistinnen und Polizisten sichergestellt werden kann;
3. mit welchen Massnahmen eine offene Fehlerkultur gefördert und problematische «Cop-Culture» sowie diskriminierende Subkulturen gezielt bekämpft werden können;
4. wie ein unabhängiges Monitoring zu Fragen von Diskriminierung – etwa im Bereich von Racial Profiling – aufgebaut und weiterentwickelt werden kann, um Transparenz zu schaffen, das Vertrauen in die Polizei zu stärken und die Qualität der Polizeiarbeit kontinuierlich zu sichern.

Begründung:

Die jüngsten Enthüllungen aus Lausanne werfen ernsthafte Fragen zur Polizei-Kultur und zum Umgang mit Grundrechten und Diskriminierung auf: Polizisten in Lausanne haben Chatgruppen betrieben, in denen sie weit über tausend Nachrichten mit rassistischen, sexistischen und homophoben Inhalten austauschten – daran beteiligten sich mehr als 50 Angestellte der städtischen Polizei. Der Polizeiexperte Frédéric Maillard bekräftigte, dies sei kein Einzelfall¹. Weiter eskalierten Proteste und Ausschreitungen in Lausanne, nachdem ein 17-jähriger Jugendlicher, Marvin, bei einer Polizeiaktion tödlich verunglückte².

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Schweiz bereits wegen diskriminierender Polizeikontrollen verurteilt (*Wa Baile vs. Schweiz*). Und erst kürzlich hat das Fedpol entschieden, die Hautfarbe aus dem nationalen Fahndungsregister RIPOL zu streichen, da das Merkmal „unpräzise und kaum mehr genutzt“ sei³.

¹ <https://www.swissinfo.ch/ger/polizisten-in-lausanne-wegen-rassistischer-nachrichten-suspendiert/89891365>

² <https://www.tagesanzeiger.ch/lausanne-tod-eines-teenagers-156435918347>

³ https://www.nzz.ch/schweiz/das-fedpol-streicht-das-merkmal-der-hautfarbe-aus-dem-nationalen-fahndungsregister-ld.1901568?utm_source=6iBrief&utm_medium=newsletter&utm_campaign=migros-hat-lucken-im-ka-seregal&_bhlid=ae5f9b9cba4f7876a56dc0297b537ad4db1b009e

Das Postulat knüpft an den Massnahmenkatalog der NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz an, der bereits mit EJPD, KKJPD und KSSD diskutiert wurde. Die Rückmeldungen zeigen, dass ein koordiniertes Vorgehen unter Einbezug aller staatlichen Ebenen sowie des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit grosses Potenzial hat⁴.

Die aktuellen Entwicklungen machen deutlich: Es braucht neue Formen von Verantwortung, Transparenz und Aufsicht, um Diskriminierung wirksam zu bekämpfen, die Qualität der Polizeiarbeit zu sichern und das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken.

Mandy Abou Shoak
Sabine Arnold
Lisa Letnansky

⁴ <https://www.humanrights.ch/de/ngo-plattform/stellungnahme-mangelhaften-umsetzung-egmr-urteils-wa-baile>